Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. (Postbezugsmonat 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren sowie 36 Rpf. Zustellungsgeb.) Kreuzbandsend.: Für die Woche 1,00 RM. **Einzelnummer 10 Rpf.**, außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden A, Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 8 gültig.

Postanschrift: Dresden A 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981—27983 • Telegramme: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060 • Berliner Schriftleitung: Berlin W 35, Viktoriastraße 4a

Unverlangte Einsendungen an die Schriftleitung ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 93 × Freitag, 22. April 1938 46. Jahrgang

6500 Gausieger zum Reichskampf angetreten

Der Abschluß des Reichsberufswettkampfes in Hamburg — Dresdens Arbeitskräfte werden knapp — Schwere Kälteschäden auch in Frankreich

Siegerförderung ausgedehnt

Auch die Gau- und Kreissieger sollen gefördert werden

× Hamburg, 22. April

Heute beginnt in Hamburg der Reichskampf im Reichsberufswettkampf, die Krönung dieses Wettkampfes der deutschen Arbeit. Die 6500 Gausieger sind bereits in der festlich geschmückten Stadt zur Eröffnungskundgebung eingetroffen, auf der heute abend Reichsstatthalter Kaufmann und Obergebietsführer Axmann sprechen werden. 48 000 Mitglieder der HJ. und der Werkscharen werden an dieser Kundgebung teilnehmen.

Der Reichskampf, zu dessen Durchführung nicht weniger als tausend Fachkräfte bereitstehen, wird sich über eine Woche erstrecken. Am 29. April wird die feierliche Verkündigung der Reichssieger stattfinden.

Wie schon in den vorhergehenden Jahren, wird auch diesmal den Reichssiegern wieder besondere berufliche Förderung entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zuteil werden. Diese Reichssiegerförderung wurde durch die „außerordentliche Förderung" ergänzt, die sich vornehmlich auf ausgezeichnete Gausieger erstreckte und diesen zu einem angemessenen beruflichen Fortkommen verhalf. Mit Abschluß des Wettkampfes soll nun, wie der Reichsjugendpressedienst erfährt, die berufliche Förderung auf die Gesamtheit der Gau- und Kreissieger ausgedehnt werden.

Auf diesen fähigsten Nachwuchskräften ruht heute die Aufmerksamkeit der Nation, und ihre Förderung ist eine nationale Angelegenheit und Notwendigkeit. Zu 60 Prozent stammten die Reichssieger der letzten Jahre aus kinderreichen Arbeiterfamilien. Ein gutes Drittel der Sieger von 1937 hatte auf den ursprünglichen Berufswunsch verzichten und eine Arbeit aufnehmen müssen, die frühzeitigen Verdienst versprach; ein weiteres Drittel war aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, die Ausbildung auf einer höheren Schule vorzeitig abzubrechen; bei drei Vierteln aller Reichssieger insgesamt bestand das Bedürfnis nach öffentlicher Förderung.

Diese Ergebnisse haben schlagend die Anschauung widerlegt, als ob solche Begabtenförderung nicht notwendig sei, weil die hochwertigen Kräfte längst schon in die höheren sozialen Schichten aufgestiegen seien. Gerade die breiten Schichten unsres deutschen Volkes sind der unerschöpfliche Quell deutscher Arbeitskraft und so setzt die Siegerförderung, die aus dem Reichsberufswettkampf hervorgeht, an einem entscheidenden Punkte der Leistungssteigerung der deutschen Arbeit ein.

Prag wirbt plötzlich um Italien

Ueberraschende Begeisterungsausbrüche für Mussolini — Zeit der Sanktionen soll vergessen sein

* Prag, 22. April

Seit dem Abschluß des englisch-italienischen Paktes und dem Beginn der französisch-italienischen Vorbesprechungen hat ein ebenso plötzliches wie heftiges Liebeswerben der Tschechoslowakei um Italien eingesetzt. Prag fällt Rom sozusagen einfach um den Hals, nachdem noch vor kurzem sudetendeutsche Blätter beschlagnahmt wurden, weil sie einen Artikel des „Giornale d'Italia" über die Tschechoslowakei nachgedruckt hatten. Bemerkenswert ist, daß bei diesem Werben um Italien die Achse Berlin—Rom überhaupt keine Erwähnung findet, daß dagegen die tschechischen Politiker und Zeitungen in Weltkriegserinnerungen geradezu schwelgen.

Der äußere Anlaß dieses Begeisterungsausbruches bildet der 20. Jahrestag der Aufstellung der tschechischen Legionen, die 1918 auf italienischem Boden formiert wurden. Die tschechischen Politiker überbieten sich in Verbeugungen vor Italien und sind ängstlich bemüht, in öffentlichen Kundgebungen nicht nur vom italienischen König, sondern stets auch vom König und Kaiser von Abessinien zu sprechen. Prag hat sich ja sehr spät unter dem Druck der Verhältnisse dazu entschlossen, das Imperium anzuerkennen, um

die schroff italienfeindliche Haltung in der Zeit der Sanktionen vergessen zu machen.

In den „Lidové Noviny" erklärt ein tschechischer Generalstäbler unter anderm wörtlich folgendes: „Wir werden niemals dem stolzen Italien das vergessen, was es für unsre Freiheit tat. Dies zu vergessen wäre ein großer Schaden für beide Völker. Mag die politische Gruppierung der mitteleuropäischen Staaten gleich wie sein, so ist es sicher, daß zwischen Italien und der Tschechoslowakei geopolitische Konstanten der gegenseitigen machtmäßigen Abhängigkeit bestehen. Ob wir nun wollen oder nicht:

so lange wir fest am Erzgebirge und am Riesengebirge stehen, hat dies auch seine Bedeutung für den Brenner.

Würde sich die Situation am Brenner zuungunsten Italiens ändern, wird auch in den Sudeten und Karpathen strategisch schlechteres Wetter herrschen. Ein starkes Italien ist die Garantie für die Stabilität der mitteleuropäischen Verhältnisse, ebenso wie ein starkes Frankreich und ein starkes Rußland. Das Schicksal Italiens wird morgen das Schicksal der Donauvölker sein, ebenso wie das Geschick des Donauraums auch ein Teil des Geschickes Italiens ist. Das muß sowohl an der Moldau wie auch am Tiber klar sein." Die „Prager Presse" suchte diese Feststellungen sozusagen noch „weltanschaulich" zu untermauern und kommt dabei unter anderm zu folgenden, wenn man frühere Aeußerungen an der gleichen Stelle berücksichtigt, etwas erstaunlichen Feststellungen: „Manchmal wird der Unterschied der Ideologien als Grund angeführt, welcher intimeren Beziehungen im Wege stünde. Man darf aber dabei nicht übersehen, aus welchen Wurzeln die tschechoslowakische Ideologie, die Ideologie Masaryks, Beneschs und aller übrigen führenden tschechoslowakischen Faktoren erwachsen ist. Ihre Grundlage ist doch das Ideal der römischen und der christlichen Kultur, das humanitäre Ideal, ein Ideal, welches das alte Rom jenen Nationen vermachte, welche zum ersten Male auf der Bühne der Geschichte erscheinen, das Ideal der Schöpfer des sich einigenden Italien." Diese Gleichstellung des liberalen Nachwuchses der Gründer des tschechischen Staates mit dem Staatsgedanken des Faschismus entbehrt nicht des Reizes der Neuheit. Interessant ist noch, daß im Prager Stadtrat der Antrag gestellt wurde, einen Prager Platz nach dem italienischen General Graziani zu benennen.

Französische Anleihe in London?

Pariser Finanzbedürfnisse für Rüstungszwecke
Starke Zurückhaltung Englands

Telegramm unsres Korrespondenten

St. London, 22. April

Die gestern hier verbreiteten Gerüchte über eine beabsichtigte französische Anleihe in London in Höhe von vier Milliarden für Rüstungszwecke werden bisher nicht bestätigt, bilden jedoch das Tagesgespräch in London. Es wird zwar zugegeben, daß französische Anleihewünsche bestehen, aber gleichzeitig betont, daß die französischen Finanzbedürfnisse weit über die Summe hinausgehe, die die City zur Verfügung stellen könne. Dies ist auch die Ansicht des „Evening Standard" und des „Star".

„Daily Mail" behauptet, über eine andre Art der französischen Rüstungen durch England unterrichtet zu sein. Danach würde, falls England in Amerika Flugzeuge kaufen würde, die Hälfte von ihnen an Frankreich abgegeben werden. Auch diese Meldung ist jedoch bisher nicht bestätigt. Der City-Korrespondent des „Evening Standard" schreibt, City-Kreise zweifelten nicht daran, daß Frankreich eine große Anleihe anstrebe. Aber die Aussichten für ihre Verwirklichung würden nicht als verheißungsvoll angesehen. So viel steht jedoch fest, daß finanzielle und militärische Fragen bei dem kommenden französischen Ministerbesuch im Mittelpunkt stehen werden. „Daily Express" meldet erneut, daß eine Konferenz der Oberbefehlshaber der Heere, der Flotten und der Luftwaffen der Konferenz der Ministerpräsidenten in Kürze folgen werde.

Roosevelt im sechsten Jahr

Was wird aus dem New Deal? — Die neue Wirtschaftskrise in USA. — Im Schatten kommender Wahlkampagnen

Von unserm Korrespondenten

KGS. Washington, Anfang April

Am 4. März beendete Roosevelt das fünfte Jahr seiner Amtsführung. Im Gegensatz zu den rauschenden Demonstrationen und Paraden, die bei seiner Amtseinführung am 4. März 1933 der Bundeshauptstadt Washington ein festliches Gepräge gegeben hatten, war es diesmal vollkommen ruhig um das Weiße Haus. Präsident Roosevelt empfing keine Glückwünsche und er selber beschränkte sich darauf, einem Sondergottesdienst aus Anlaß des Tages beizuwohnen. Diese äußeren Umstände kennzeichnen sowohl den Umschwung in der Stimmung der Amerikaner gegenüber dem Präsidenten, wie das Schicksal des „New Deal", des „Neuen Plans", den Roosevelt bei seinem Amtsantritt vor fünf Jahren mit so großem Schwung verkündete.

Die dramatische Amtseinführung am 4. März 1933 war besonders dadurch zu erklären, daß die amerikanische Wirtschaft gerade kurz vorher auf ihrem Tiefstand angelangt war. Alle Banken waren geschlossen und niemand wußte, was der morgige Tag bringen würde. Das Volk wartete daher auf die neue Aera, von der Hoover so hartnäckig nichts hatte wissen wollen, und erblickte in Roosevelt den Retter. Roosevelt hatte schon vor seiner Amtseinführung, insbesondere anläßlich seiner Wahlkampagne im Herbst 1932 ein neues Programm verkündet. Dazu gehörte die bessere Verteilung der materiellen Güter, Hebung der allgemeinen Kaufkraft, neue Bankenpolitik, Kontrolle der Körperschaften des öffentlichen Rechts und Fürsorge für die Landwirtschaft. Bei seinem Amtsantritt fügte er in seiner Rede noch bezüglich der Außenpolitik das bekannte Wort vom „Guten Nachbarn" hinzu.

•

Gleich nach seinem Amtseintritt berief Roosevelt den Bundeskongreß zu außerordentlicher Tagung ein und peitschte in wenigen Tagen die ersten Punkte seines Reformprogramms durch. Das waren die Sanierung der Banken, Verbot der Goldausfuhr und andre Notgesetze. Anschließend begann er seine Experimente mit der Angleichung des Dollars an die amerikanische Kaufkraft, die dann im Januar 1934 zu einer Abwertung auf 59,06 Prozent des früheren Wertes führten. Er ließ sich ohne Rücksicht auf Ausgleich des Staatshaushalts gewaltige Summen für Notstandsbeihilfen bewilligen. Er führte eine Reform des Bankensystems durch, insbesondere die bundesamtliche Garantie für Einlagen bis zu je 5000 Dollar. Besonders letztere Maßnahme hat zu einer starken Beruhigung geführt und die Zahl der Bankkonkurse ganz erheblich verringert. Ein weiteres Problem war die Stabilisierung der Preislage. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte stiegen in den ersten Jahren sprunghaft, und zwar sowohl wegen der Abwertung des Dollars wie infolge des Agrargesetzes, das für Verringerung der landwirtschaftlichen Erzeugung Prämien zahlte und für Stapelwaren wie Baumwolle und Weizen den Farmern feste Preise in Form von Anleihen garantierte.

Der größte Versuch auf wirtschaftlichem Gebiet war die „N.R.A.", ein kompliziertes System von Verordnungen zur Regulierung der Arbeitszeiten, Löhne und Preise sowie des gesamten Geschäftsgebarens in sämtlichen industriellen Groß- und Kleinbetrieben Amerikas. Das System, auf das Amerika in keiner Weise vorbereitet war, zeigte bald bedenkliche Fehler und wurde 1935 vom Obersten Bundesgericht für verfassungswidrig erklärt. Ebenfalls für ungültig erklärt wurde das Agrargesetz, das eine Preiserhöhung durch planmäßige Verminderung der Bodenbestellung erzielen wollte.

•

Trotz dieser Rückschläge war in den Jahren 1935/36 die Popularität Roosevelts unvermindert groß, denn er hatte durch seine Einführung der sozialen Fürsorge sowie durch seine Hilfe für die Banken, Eisenbahnen und Versicherungsgesellschaften viele Freunde bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern erworben. Auch die Städte und Gemeinden waren dankbar für die Notstandsarbeiten, die mit Bundesgeldern sich um Trockenlegung von Sümpfen, Straßen und Aufforstung sowie um die verwahrloste Jugend bemühten, von denen 300 000 Jungen im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt wurden. Allerdings war der Bundeskongreß noch bewilligungsfreudiger als Roosevelt selbst und gewährte trotz seinem scharfen und im Bundeskongreß persönlich vorgetragenen Protest den Kriegsteilnehmern die sofortige Auszahlung eines „Bonus" in Höhe von 2½ Milliarden Dollar. Viele Fachleute sind der Ansicht, daß diese plötzliche Ausschüttung so großer Beträge zu einer ungesunden Konjunktur und dadurch zu der Wirtschaftskrise vom Herbst 1937 geführt hat.

Außenpolitisch hat Roosevelt ebenfalls verschiedene Versuche unternommen, die sich gleichfalls nicht bewährt haben. Der erste Fehlschlag war die von ihm einberufene und dann sabotierte Internationale Wirtschaftskonferenz in London. Das zweite mißglückte Experiment war die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland, die sehr bald zu einer Schließung der kaum eröffneten Konsulate und zu einem sehr frostigen Verhältnis zwischen der amerikanischen Botschaft und der Sowjetregierung in Moskau führte. Bald griff der Bundeskongreß direkt in die außenpolitische Führung ein und legte der Entschließungsfreiheit Roosevelts in außenpolitischen Fragen durch das sogenannte Neutralitätsgesetz sehr starke Fesseln an.

•

Das einzige positive Ergebnis der ersten vier Jahre Roosevelts in außenpolitischer Hinsicht war die Ermächtigung, Handelsverträge mit fremden Nationen abzuschließen und ohne Befragung des Kongresses die Zölle bis zu 50 Prozent zu ermäßigen. Dieses Gesetz wurde im Frühjahr 1934 beschlossen. Es ist kaum anzunehmen, daß, wenn Roosevelt heute eine derart weitgehende Vollmacht verlangen wollte, der Kongreß sich hierzu bereit finden würde. Denn nach dem großen Wahlsieg Roosevelts im November 1936, in dem er in 46 der 48 Staaten die Mehrheit erreichte, ist eine starke Abkühlung der Beziehungen zwischen dem Weißen Haus und dem Kapitol eingetreten. Das hat mehrere Gründe.

Roosevelt, der Ende 1940 die Zügel abgeben muß und kaum wieder kandidieren wird, befindet sich hierdurch in einer taktisch wenig günstigen Lage. Sein Einfluß auf die Parteimaschine erstreckt sich nur bis zu den großen Wahlen vom November 1938, wo das ganze Abgeordnetenhaus neu gewählt wird und er infolgedessen die ihm genehmen Kandidaten unterstützen kann. Danach aber befindet er sich politisch auf dem absterbenden Ast und wird kaum noch viel Einfluß ausüben können. In Erkenntnis dieser strategischen Lage hat Roosevelt sofort nach seinem Wahlsieg im Frühjahr 1937 versucht, größere Reformen möglichst schnell durchzusetzen. Bekannt ist seine sehr ungeschickte Forderung nach einer Reform des Obersten Bundesgerichts, die als Verstoß gegen die geheiligte Tradition der amerikanischen Republik betrachtet und vom Bundessenat abgelehnt wurde.

•

Die weitere Entwicklung in den Entscheidungen des Bundesgerichts und die Personaländerungen, die inzwischen dort eingetreten sind, haben gezeigt, daß er sich diese Forderung hätte sparen können. Jedenfalls hat er durch die Niederlage in diesem Punkt einen starken Prestigeverlust erlitten. Seine zweite Forderung ging auf Reorganisation der Bundesverwaltung mit dem Ziel strafferer Erfassung aller Verwaltungsbefugnisse in seiner eigenen Person und Betonung des Führerprinzips in allen nationalen Fragen. Auch dieses Gesetz ist bisher ihm nicht bewilligt worden. Ebenfalls unerledigt ist seine Forderung nach einem Ersatz für NRA. in Form von Standardvorschriften für Arbeitszeiten und Löhne. Dagegen ist ihm die Agrarreform insofern geglückt, als der Kongreß ein dem alten Agrargesetz ähnliches Gesetz genehmigte, das Kontingente für Bodenbearbeitung festsetzt und mit Zustimmung von zwei Dritteln der betreffenden Farmerkreise den Agrarmarkt regulieren kann.

Die größte Opposition aber erregte in Parlament und Presse und bei der Großindustrie die Roosevelts Reform bezüglich der Steuern und des Koalitionsrechts der Arbeiter. Die Großfirmen protestieren dagegen, daß sie infolge der empfindlich hohen Besteuerung unverteilter Gewinne keine Reserven für den Notfall aufspeichern können und das Koalitionsgesetz hat zu einer Unzahl von zum Teil sehr heftigen Streiks geführt, die im Frühjahr und Sommer 1937 die Wirtschaft der Vereinigten Staaten schwer erschütterten.

(Ein Schlußartikel folgt)